

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Nur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 10. bis 30. Juni 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Haus 1.50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamespalte 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorbezahlung.

Schriftleitung und Hauptverleger:
Marie-Str. 38/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Dollsch-Route 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit besond. Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Vertrauensvotum für Herriot.

Macdonald und Herriot werden bei ihrer Zusammenkunft vor allem das Dawes-Gutachten und die Sicherheitsfrage besprechen.

313 für, 234 gegen Herriot.

Paris, 20. Juni. Die Kammer hat mit 313 gegen 234 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Die vom Hof der Linken vorgeschlagene und von der Kammer angenommene Tagesordnung, die der Regierung Herriot das Vertrauen ausdrückt, hat folgenden Wortlaut: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung im Vertrauen darauf, daß sie die durch das allgemeine Stimmrecht am 11. Mai bestätigte Politik durchführen wird, lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Die Annahme erfolgte ausschließlich mit den Stimmen des Vinsarierkreises. Die Vinsarierpublikaner enthielten sich der Stimme. Die Kammer vertagte sich dann bis Donnerstag nächster Woche, d. h. bis nach der Rückkehr Herriots aus England.

Die Presse der Linken spricht sich anlässlich der Wahl de Selves zum Senatspräsidenten mit großer Sicherheit darüber aus, daß die Wandelungsmandate Poincarés Erfolg gehabt hätten. Die Presse der Rechten weiß bei der Wahl de Selves auf die Rolle hin, die dieser seinerzeit beim Sturz Galliaur und den Schwierigkeiten der deutsch-französischen Verhandlungen im Jahre 1912 gespielt hat und erklärt, daß überhaupt die Frage des Amnestiegesetzes, besonders soweit sich dieses auf Galliaur beziehe, von ausschlaggebender Bedeutung für die Haltung des Senats gewesen sei.

Beileidshuldigung für Malleotti.

Die sozialistische Kammerfraktion hat gestern eine Entschließung eingebracht, in der aus Anlaß des Verschwindens des italienischen Abgeordneten Malleotti der politische Mord missbilligt und dem italienischen Parlament das Beileid ausgesprochen wird. Diese Entschließung wurde am Schluß der Nachmittags- durch den Sozialisten angenommen. Die Kommunisten stimmten dagegen. Im Namen der Regierung erklärte Herriot, die Regierung mache die Reiteren,

welche die Achtung vor der Souveränität der italienischen Regierung erfordere.

Französische Finanzpläne.

Genf, 20. Juni. (Privattelegr.) Der neue französische Finanzminister hielt gestern in der Pariser Handelskammer einen halbständigen Vortrag über die französische Wirtschaftspolitik. Dem „Journal“ zufolge trat Clementel für die Fortsetzung der Ruhrleistungen bis 1930 ein, für ein neues Zahlungsabkommen mit den Alliierten und für die Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie.

Die Micumverträge noch bis Ende August?

Genf, 20. Juni. (Privattelegr.) Der „Matin“ meldet nach dem letzten Beschluß des Kabinetts würden die am 30. Juni ablaufenden Micumverträge nochmals bis zum 31. August ohne Veränderung verlängert. Auch das neue Kabinett habe die Unabhängigkeit der Ruhrabgabe von den Experten beschließen anerkannt.

Kollet befürchtet einen neuen deutschen Ueberfall

Genf, 20. Juni. (Privattelegr.) General Kollet hat gestern als Kriegsminister eine Revue über die Truppen der Pariser Garnison abgenommen und hierbei eine Ansprache gehalten, die laut dem „Temps“ von dem Verbrechen des Krieges 1914 sprach und von der Notwendigkeit für Frankreich, seine Grenzen vor einem neuen deutschen Ueberfall besser zu schützen.

Auch Herriot ist besorgt.

Genf, 20. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Temps“ wird die Unterredung Macdonalds mit Herriot auch die Frage der Kriegsverluste behandeln. Herriot wüßte sich in erster Linie jedoch über die militärische Sicherheit unverzüglich auszuweisen, die an der Diktation Frankreichs nicht bestehe.

Garantiepak und Völkerbund.

(Von unserem Schweizer Korrespondenten.)

In gewissen Darstellungen unterlassen es selbst führende Persönlichkeiten der französischen Politik nicht, den Völkerbund als ein „Phantom“ zu charakterisieren, als ein „Wesen ohne Fleisch und Knochen“; dies geschieht am unverhältnißmäßigsten in jenen Artikeln und Broschüren, die vom Garantievertrag sprechen, für den, wie es scheint, Frankreich nach wie vor die Hoffnung hegt, der Völkerbund werde seinen Segen darüber aussprechen und ihn als ein Stück seiner eigenen Satzungen aufnehmen. Gerade heute werden jene Mitgliedstaaten des Völkerbundes, die von dem Garantiepak nichts wissen wollen, mit einer eifrigen Propaganda überschwemmt, die den Zweck hat, die Widerständigen für das Pariser Projekt doch noch zu gewinnen. Dies mag vor allem für die Schweiz gelten. Sie ist es in der Hauptsache, die mit aller wünschenswerten Deutlichkeit immer wieder erklärt hat, nicht in dem Sinne sein zu wollen; durch den Garantievertrag würde nach der Auffassung selbst des völkerbundfreundlichen Teiles der Presse der Völkerbund noch mehr denaturiert und entwertet.

Der Völkerbund ist auf dem Prinzip der internationalen Achtung jedes Anreizers aufrecht zu stehen; was soll aus diesem Grundgedanken werden — der die Triebfeder zum Eintritt mehrerer und gerade der entscheidenden Neutralen gewesen ist — wenn den Großmächtemitgliedern erlaubt sein soll, unter sich militärische Schutz- (und wohl auch Angriffs-) Bündnisse abzuschließen, und mit ausdrücklicher Zustimmung des Völkerbunds die Völkerbundstrafe zu unterbreiten; vor Ablauf dreier Monate seit der Eingabe des Berichtes darf zum Krieg nicht geschritten werden. Ist der Krieg bereits ausgebrochen, so entscheidet der Rat, wer der Angreifer ist, der der Rechnung verfällt. Der Garantievertrag würde dies alles aufheben und an seine Stelle folgende Verpflichtung für den Völkerbund aufstellen: der Völkerbundrat müßte sich innerhalb vier Tagen entscheiden, wer der Angreifer ist, und nach Ablauf dieser vier Tage mit allen seinen Mitgliedern (die Schweiz auf Grund ihres Sonderrechts ausgenommen) dem andern zu Hilfe kommen. Der Garantievertrag würde sogar gestatten, den Bestandsplan sofort zur Ausführung zu bringen unter bloßer nachheriger Mitteilung an den Völkerbundrat.

Um auch die misstrauische und unangenehme Schweiz für diesen Plan zu gewinnen, hat Frankreich eine Persönlichkeit von großem politischen Ruf, Auguste Gauthier, den Auslandsdirektor des „Journal des Debats“, vorgeschickt. August Gauthier hat in einem langatmigen Artikel in einer der führenden Zeitschriften der Schweiz, „Wissen und Leben“, in französischer Sprache zu uns gesprochen und die Eidgenossenschaft von der Rührigkeit und zugleich Harmlosigkeit des Garantiepaktes zu überzeugen versucht; seine Versicherung, der Vertrag bezwecke nicht etwa — wie in der Schweiz allgemein angenommen wird — die Einkreisung Deutschlands, ist indessen so mangelhaft belegt, daß der Veröffentlichung durchgehends die offene Kritik durch die Presse der Schweiz gefolgt ist. Gauthier spricht von einem neuen europäischen Gleichgewicht — „Equilibre européen“ ist seine Arbeit betitelt — mit dem Europa befristet werden sollte, nachdem durch den Garantievertrag — nachdem ihn der Völkerbund sanktioniert hätte — der Frieden von Versailles, St. Germain und Trianon endlich die nötige Sicherung endgültig erreicht haben würde; dieses neue europäische und vom Völkerbund garantierte europäische „Gleichgewicht“ wäre nichts anderes als der Zustand eines für nicht absehbare Zeiten berechneten militärischen Uebergewichts über Deutschland und seine mächlichen Verbündeten der Zukunft und bedeutete — nach Schweizer Beurteilung wenigstens — die Einkreisung Deutschlands. Ein solches militärisches Uebergewicht könnte seinen Dienst tun, solange die durch den Garantiepak in Schach gehaltenen Staaten keine annähernd gleichwertige Macht aufbrächten. Wie aber — diese Frage stellt die Presse hier — wenn Deutschland einmal gezahlt hat und sich erholt, wenn Rußland gefunden und auch an Korrekturen denken kann, vor denen Rumänien zum Beispiel schon heute zittert? Dann sind die Sieger von gestern genötigt, zu immer weiteren „Sicherungen“ an greifen und immer weiter zu rücken, und wir haben den alten Weltlauf wieder.

Der Garantievertrag brüsst sich heute mit dem sehr problematischen Gewinn, den er dem Völkerbund dadurch einbringen werde, indem er eine allgemeine Abrüstung herbeiführe. Der Zusammenhang von Garantiepak und Abrüstung, den August Gauthier so sehr hervorhebt, ist von den Anhängern des neuen Paktes künstlich geschaffen und führt zum Gegenteil von Abrüstung; Garantiepak und Völkerbund stehen sich genau gleich gegenüber wie ehemaliges Gleichgewicht der Mächte und ausdrückliche (wenn auch vielleicht angebliche) Prinzipien des Völkerbundes. Würden sich die Mitglieder des Völkerbundes der neuen französischen Erfindung so annehmen, wie Frankreich es noch zu erreichen hofft, so würde dies nach der allgemeinen Ansicht des Landes, das den Völkerbund herbeibringt, mit der Aufhebung der Völkerbund Satzungen völlig gleichwertig sein. Uebrigens drängt sich dem Neutralen die Frage Völkerbund oder europäisches Gleichgewicht? jetzt schon auf; ihre Beantwortung ist ein unzweideutiges Symptom für die Schwendung des Schweizer Volkes.

Vor der Zusammenkunft in Chequers.

Die voraussichtlichen Themen der Besprechung.

London, 20. Juni. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge kann aus dem Umstand, daß Macdonald und Herriot in Chequers von keinem Sachverständigen ihrer Finanzministerien begleitet sein würden, der Schluß gezogen werden, daß weder Einzelheiten der Reparationsfinanzen noch das Problem der interalliierten Schulden berührt werde, daß die Unterredung sich vielmehr

in erster Linie mit den politischen Bedingungen der Durchführung des Dawes-Planes und in zweiter Linie mit der Kontrolle der deutschen Reparationen sowie der Sicherheitsfrage

in Verbindung mit dem Völkerbund besprechen werde. Macdonald scheint der Auffassung zu sein, daß der Dawes-Plan aus einer interalliierten Konferenz, die in drei Wochen zusammentrete und vielleicht außerdem die unmittelbaren Seiten der militärischen Kontrolle erörtern könne, erarbeitet werden müsse. Andererseits könne die Frage der Sicherheit nur zusammenhängend mit der nächsten Zusammenkunft des Völkerbundes im September umfassend behandelt werden. (S. T. B.)

Die innere Uebereinstimmung der beiden Premierminister.

London, 20. Juni. Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel: In der Betimmung, die Herriot auf den Völkerbund als möglichen Faktor bei der Regelung der größeren europäischen Probleme lege, werde er sich zweifellos in enger Einklang mit Macdonald befinden. Beide Premierminister sähen aber sicher die Schwierigkeiten einer praktischen Regelung in dieser Richtung.

Herriots Boshaftigkeit an das englische Volk.

London, 20. Juni. Die Presse befaßte sich eingehend mit der bevorstehenden Zusammenkunft in Chequers. „Daily Express“ veröffentlicht eine Boshaftigkeit Herriots an die britische Öffentlichkeit, worin es heißt: Er begehre sich nach England in der Absicht, die Entenle cordiale zu stärken. Er wüßte die Sympathie nicht nur für die britische Regierung, sondern auch für das britische Volk zu beweisen, dessen warmer Freund er stets war. Er sei einer der ersten Befürworter der Entente gewesen und sei auch heute noch einer ihrer aufrichtigsten Anhänger. (S. T. B.)

England will eine Untersuchung des deutschen Handels vornehmen.

London, 20. Juni. In der Unterhausdebatte über den Etat des Handelsamtes erklärte Lloyd George: Der ganze Erfolg des Dawes-Berichtes hänge davon ab, inwieweit die Durchführung des Gutachtens den deutschen Kredit wiederherstelle. Deutschland habe eine Zeit großer Reichen und niedriger Löhne durchgemacht und sei der Dummheit nahe gewesen; aber es habe seine Industrie wieder aufgebaut.

In seiner Erwiderung erklärte der Präsident des Handelsamtes Webb: Die Regierung habe beschlossen, eine umfassende Untersuchung über die Lage des deutschen Handels mit besonderer Berücksichtigung des Außenhandels vorzunehmen. Er sei der Ansicht, daß Großbritannien leiden müsse, wenn es Deutschland und den anderen Völkern schlecht gehe, und daß der Wohlstand Großbritanniens an den Wohlstand der anderen Länder gebunden sei. Er habe deshalb keine Sorge, wenn Deutschland reichler würde, indem es seinen Handel ausdehne.

Die Sachverständigen wünschen keinen Eisenbahnerabbau.

Das Reich hat schon genug abgebaut.

Berlin, 19. Juni. In den neuen Tendenzmeldungen der III. über die angebliche Absicht der Sachverständigen, einen neuen Personalabbau der Reichseisenbahn zu fordern, wird der „Voss. Ztg.“ aus bester Quelle mitgeteilt: Die Sachverständigen, insbesondere die beiden Eisenbahnsachleute, bestreiten aufs entschiedenste, daß eine solche Forderung aufgestellt oder auch nur erörtert worden sei. Bei den Vorarbeiten des Sachverständigenausschusses um die Jahreswende war die Frage des Personalabbaues erwohnen worden. Da aber inzwischen von der deutschen Regierung selbst der Personalbestand der Reichseisenbahn stark abgebaut worden sei, hielten die Sachverständigen keine weitere Verminderung nicht mehr für erforderlich. Es bestehe daher bei ihnen auch keinerlei Absicht, das Problem etwa neu zu erwägen. Alle anders lautenden Nachrichten entsprechen nicht den Tatsachen.

Die unklare Äußerung Herriots.

Bevorstehende Interpretation durch Herriot.

Berlin, 19. Juni. Wie aus Paris gemeldet wird, werde in der heutigen Kammer Sitzung Herriot eine authentische Interpretation der Stelle aus der Regierungserklärung geben, die die Bedingungen für die Räumung des Ruhrgebietes enthält. Wenn die in Vinsarierkreisen umlaufenden Gerüchte zuträfen, so dürfte diese Interpretation, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, dahin lauten, daß die Weisung über das neue Regime der Reichsbahn und der Verkehrssteuern angenommen sein müßten, ferner, daß die notwendigen, in dem Sachverständigenausschusse vorgeschlagenen Einrichtungen, vor allem die Betriebsgesellschaft der Eisenbahn und die Kontrollkommissionen eingesetzt sein müßten. In radikalen Kreisen erwartet man eine sehr starke Mehrheit für das Vertrauensvotum.

Es ist wohl zu beachten, daß dies eine Information der „Voss. Ztg.“ ist, die sich seit dem Amtsantritt Herriots in überschwenglichen Lobeshymnen für die „demokratische Versöhnungspolitik“ des neuen französischen Ministerpräsidenten gefüllt.

50
95
50
20
80
30
20